

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 121. Ratssitzung vom 11. April 2012

2583. 2012/121

Beschlussantrag der Grüne-Fraktion vom 21.03.2012:

Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Ausrichtung einer Mandatsentschädigung statt eines Sitzungsgeldes für die Plenarsitzungen

***Markus Knauss (Grüne)** begründet namens der Grüne-Fraktion den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 2495/2012): Die Arbeit im Rat ist von zentraler Bedeutung; es wird öffentlich gestritten, und es werden Mehr- und Minderheiten gebildet. Deshalb liegt es im höchsten Interesse aller Fraktionen, dass ihre Leute im Saal anwesend sind. Früher wurde die Meinungsbildung fast ausschliesslich in den Fraktionssitzungen gemacht. Der Austausch in den Fraktionssitzungen genügt mittlerweile aber nicht mehr. Die Grüne-Fraktion pflegt z. B. einen sehr intensiven Austausch, unter anderem per E-Mail. An der Fraktionssitzung kann dann kaum noch Einfluss auf die Meinungsbildung genommen werden. Ebenfalls zugenommen haben zusätzliche Fraktionstagungen. Ändern wollen wir das Entschädigungssystem nur für die Plenarsitzungen, nicht aber für die Kommissionssitzungen; deren sehr unterschiedliche Belastungen verunmöglichen ein korrektes, für alle stimmiges System. Bewusst offengelassen haben wir die Höhe der Mandatsentschädigung. Diese müsste bei Überweisung des Beschlussantrags offen diskutiert werden. Klar ist, dass das System der Sitzungsgelder für die Plenarsitzungen unseren Leistungen nicht mehr gerecht wird.*

***Mauro Tuena (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag: Die SVP lehnt den Beschlussantrag geschlossen ab. Wäre der Antrag ernst gemeint, wären die Vorstellungen detailliert ausformuliert worden. Die Offenheit dieses Beschlussantrags erkläre ich mir damit, dass eine Aufstellung der abzuknöpfenden Steuergelder im Vorfeld mediales Aufsehen erregt hätte. Das im Antrag vorgeschlagene System wäre für die Steuerzahlenden schlechter als das bisherige System. Die Ausgaben zugunsten der einzelnen Mitglieder unseres Parlaments wären um einiges höher. Dass Markus Knauss (Grüne) seine Arbeit hier im Rat gern macht, glaube ich ihm sofort. Auch ich komme gern an die Sitzungen und bin bereit, einen Teil meiner Freizeit herzugeben. Und ich hätte kein Verständnis dafür, wenn gewisse Dinge, wie z. B. die Mittagessen an den samstäglichen Klausuren, plötzlich entschädigt würden. Wir wollen am bisherigen System festhalten.*

Weitere Wortmeldungen:

***Florian Utz (SP):** Der vorgeschlagene Systemwechsel würde dazu führen, dass man auch bei Abwesenheit entschädigt würde. Der Aufwand für die parlamentarische Arbeit ist möglicherweise gestiegen. Diskutieren kann man über eine Anpassung der Sitzungsgelder und der Grundentschädigung. Es ist aber sicher keine sinnvolle Lösung, genau jene zu belohnen, die gar nicht anwesend sind und somit auch keinen gestiegenen Auf-*

2 / 2

wand haben. Die Stadtbevölkerung verlangt, dass wir am Mittwochabend in den Ratsaal kommen, um ihre Interessen zu vertreten. Die Wählerschaft hätte sicher kein Verständnis dafür, wenn wir unseren Auftrag zwar nicht erfüllen, aber dennoch voll entschädigt würden.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP lehnt den Beschlussantrag einstimmig ab. Die Grünen führen eine Scheindebatte, enthält doch der Antrag keine klaren Aussagen zur Höhe der Mandatsentschädigung – diese wird vielmehr bequem an das Büro delegiert. Wer schon eine Änderung der Entschädigung verlangt, soll dies bitte mit konkreten Forderungen tun. Verglichen mit anderen Parlamenten wird der Gemeinderat zum heutigen Zeitpunkt überhaupt nicht schlecht entschädigt.

Roger Tognella (FDP): Der Vorstoss würde zu einer teureren, nicht aber zu einer besseren Lösung führen. Florian Utz (SP) hat die Sache auf den Punkt gebracht; das Giesskannenprinzip ist hier sicher fehl am Platz. Und wem soll die Festlegung der Mandatsentschädigung eigentlich überlassen werden?

Matthias Probst (Grüne): Es geht uns hier nicht um mehr oder weniger Geld, sondern um Verantwortung. Die Wählerinnen und Wähler haben uns gewählt, weil sie darauf setzen, dass wir politischen Einfluss nehmen auf die Entwicklung der Stadt Zürich. Und nicht, damit wir jeweils möglichst lange im Saal sitzen. Wer nur wegen des Sitzungsgeldes hier drin sitzt, ist fehl am Platz. Die am Anfang jeder Sitzung auszufüllende Präsenzliste erinnert an kindergartenähnliche Zustände. Ein Dogmawechsel ist nötig; wir wollen für unser politisches Mandat und die damit verbundene Verantwortung entschädigt werden. Vielleicht würden sich dann einige Mitglieder auf unseren Grundauftrag besinnen und die Debatten ein bisschen kürzer halten.

Alecs Recher (AL): Auch die AL lehnt den Beschlussantrag ab. «Hinterbänkler» erhalten so oder so Geld, sei es in der Form von Sitzungsgeldern oder in der Form einer Mandatsentschädigung.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 105 gegen 15 Stimmen ab.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat